

Buchbesprechungen

Anklage und Botschaft

Die Iyrisdie Aussage der Arbeiter seit 1900. Herausgegeben u. eingel. von Friedrich G. Kürbisch, Verl. J. H. W. Dietz Nachf., Hannover 1969, 412 S., 39,— DM.

Seit einer Reihe von Jahren nimmt die Aufmerksamkeit für das Thema Arbeiter- bzw. Industriedichtung wieder zu. Erinnert sei an dieser Stelle z. B. an die von der IG Bergbau und Energie geförderte und von *Fritz Hilser* und *Walter Köpping* herausgegebene Anthologie „Wir tragen ein Licht durch die Nacht“ sowie an die von *Walter Köpping* herausgegebene Anthologie „Unter Tage — über Tage“. Die verdienstvollen Bemühungen gerade dieser beiden Herausgeber stehen mit am Anfang der Neubelebung des Interesses für diese Dichtung. Daneben haben die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* ebenfalls seit geraumer Zeit in Aufsätzen von *W. Köpping* das Thema Arbeiterdichtung aufmerksam behandelt (vgl. z. B. *GM* 8/1969).

Die neuerdings von *F. G. Kürbisch* herausgegebene Anthologie „Anklage und Botschaft“ sei dem weiteren Interesse empfohlen. Für manchen mag es sogar reizvoll sein, die bereits 1893 in Stuttgart von *J.H.W. Dietz* herausgebrachte fünfbandige Sammlung — „Deutsche Arbeiter-Dichtung. Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier“ — mit dem jetzt von *Dietz'* Nachfolger vorgelegten Band zu vergleichen.

Das nun vorgelegte Buch gibt in einer „Vorbemerkung“ die methodischen Prämissen an, die Autoren werden nach „Entwicklungsgruppen“ geordnet, einige „seit 1893 erschienene Anthologien“ werden aufgezählt, „Literatursoziologische Notizen zum Thema Arbeiterdichtung“ leiten die 340 Seiten umfassende Sammlung von Gedichten ein, eine Entwicklungsgeschichte der Arbeiterdichtung, quasi auch als Erklärung für die „Entwicklungsgruppen“ der Autoren gedacht, und endlich ein biographischer Anhang der hier aufgenommenen Arbeiterdichter runden den Band ab.

Symptomatisch für die bisherige und heute noch vorherrschende Beurteilung der Arbeiterdichtung ist die Betonung der Jahrhundertwende als Kulminationspunkt; das Schwergewicht wird nahezu immer auf die Dichtungen des 20. Jahrhunderts gelegt. Auch der Herausgeber dieser Sammlung hat sich davon leiten lassen. Die Absicht, in einem Bande „von den frühen Zeugnissen bis in unsere Tage ... alle Richtungen sowie Aussagebereiche“ zusammenzufassen, dazu der „Wunsch nach personaler Vollzähligkeit“ sowie die „Forderung nach thematischer Vollständigkeit“ kommen der Ausbreitung des mannigfaltigen Materials entgegen, der einzelne Autor tritt hinter der Fülle der Namen zunächst zurück.

Für die Kennzeichnung der Arbeiterdichtung ist das keine schlechte methodische Prämisse. Im Gegensatz dazu war z. B. *Minna Loeb* in ihrer Dissertation „Die Ideengehalte der Arbeiterdichtung“ (*Gießen* 1932) noch ganz der Meinung, die Dichter *Engelke*, *Lersch*, *Bröger* und *Barthel* seien repräsentativ für das Gesamtbild, vier Dichter übrigens, die *F. G. Kürbisch* in die Gruppe der „Vollender“ einordnet.

Die Einteilung der Autoren in Gruppen im Sinne sechs sogenannter historischer Perioden, nämlich „Die Vorreiter“, „Die Verkündiger“, „Die Vollender“, „Die Sucher“, „Die Getriebenen“ und schließlich „Die Erfüller“, die in der den Gedichten folgenden Entwicklungsgeschichte „Der Weg der deutschsprachigen Arbeiterdichtung“ mit einer Art Wellentheorie^c begründet wird, ist äußerst problematisch. Bei solchen Begriffen handelt es sich weder um historische Sachkategorien, noch um brauchbare und präzise Kategorien des Literaturwissenschaftlers. Die große Zahl der aufgenommenen Autoren (davon allein 47 aus Österreich bzw. der Schweiz) ist jedoch beachtenswert.

Warum allerdings unter „Seit 1893 erschienene Anthologien deutschsprachiger Arbeiterlyrik“ nur fünf Titel erscheinen, wo doch das Spektrum der Autoren von *L. Jacoby* (geb. 1840) bis hin zu *K. Rütger* (geb. 1929) reicht, ist ein bißchen merkwürdig.

Die „Literatursoziologischen Notizen“ geben mit größter Knappheit, aber instruktiv genug, Auskunft über Definitionsfragen, historische Daten und Fakten und versuchen noch einmal zu begründen, warum die Arbeiterdichtung erst seit ca. 1900 „kulturschöpferisch in eigenständigem Sinne“ werde. Diese ästhetisch orientierte Auffassung ist zumindest einseitig und manchem könnte widersprochen werden. Somit beginnt auch ganz im Sinne dieser Auffassung die Sammlung mit einem Gedicht des zu den Besten gehörenden *Gerrit Engelke*.

Die Einteilung des reichhaltigen Gedichtmaterials in sieben thematische Hauptgruppen, die jeweils durch Zwischentitel weiter differenziert werden, ist eine angenehme Lesehilfe. Diese Methode birgt gewiß auch Probleme, weswegen der Herausgeber im Gedichtteil auch nur die Haupttitel als Orientierungshilfe einführt, während die Untertitel lediglich im Inhaltsverzeichnis erscheinen.

Geradezu dankbar nimmt man den biographischen Anhang entgegen, da Lexika, Literaturgeschichten, Handbücher und dergleichen oft recht wenig unter dem Begriff Arbeiterdichtung bringen. Das in diesem Buche angekündigte „Bio-bibliographische Handbuch der deutschsprachigen Arbeiterdichtung“, das sich in Vorbereitung befindet, ist längst fällig und laßt hoffen.

Zuletzt noch ein Wort zu dem enorm hohen Preis dieses Buches: Für wen, so muß man sich fragen — wissenschaftlich Tätige, Institute, Bibliotheken usw. einmal ausgenommen — wurde dieses Buch gemacht? Doch wohl vor allem "für die Menschen unserer Industriegesellschaft", um einen Ausdruck aus der Einleitung selbst anzuführen (vgl. S. XX). Aber, um einen Satz Heinrich Lerschs (vgl. S. 106, „Menschen im Werk“) in eine Frage zu verwandeln: Werden da die Bücher lebendig?

Rolf Dietrich

Justizreform

Herausgegeben von Rudolf Wassermann (Aktionskomitee Justizreform) Hermann Luchterhand Verlag Neuwied, Berlin 1970, 188 S., brosch. 14,80 DM.

Daß Reformvorhaben, die die Justiz betreffen, eine zähe und schwierige Sache sind, ist nicht verwunderlich, denn die Justiz selbst ist in gewissem Sinne eine konservative Einrichtung mit der Aufgabe, die bestehende Recht- und Güterverteilung zu schützen. Das Grundgesetz hat aber, indem es die Richter von der übrigen Beamtenschaft abhob, das Selbstbewußtsein der Richterschaft gestärkt; in derselben Richtung wirkten das Bundesrichtergesetz und die Landesrichtergesetze, die die Mitwirkung der Richterschaft bei der Ernennung und Beförderung von Richtern gebracht haben.

Seit einigen Jahren ist deshalb aus der Richterschaft selbst, was früher kaum je vorkam, Kritik am Justizwesen in Gang gekommen; allerdings weniger eine Kritik an den Entscheidungen der Gerichte — das gilt immer noch als recht heikel — als an der Gerichtsverfassung, an Prozeßgesetzen und an den äußeren Formen der Justiz. Einige Reformer, darunter recht klar und allgemeinverständlich schreibende Juristen, haben sich zu dem „Aktionskomitee Justizreform“ zusammengeschlossen. Rudolf Wassermann, bis vor kurzem Landgerichtspräsident in Frankfurt, legt eine Sammlung von Arbeiten der Mitglieder vor und ein Manifest vom September 1968, das die Vorstellungen und Forderungen der Reformer zusammenfaßt. In seinem Vorwort sagt Wassermann, daß sich das Komitee „besonders mit der inneren Justizreform, und zwar vornehmlich von den Problemen des gerichtlichen Alltags her, beschäftigt. Diese Arbeit an der „Basis“ problematisiert alltägliche Gewohnheiten ebenso wie akute Ärgernisse und wirkt dadurch tiefer auf das Bewußtsein ein als noch so gelehrte Abhandlungen.“

Von Wassermann rühren zwei der Arbeiten, mit denen die wichtigsten Reformforderungen erläutert werden, die unter dem Kennwort „Demokratisierung der Justiz“ stehen. Gut und immer noch notwendig ist die Bloßlegung des Zusammenhangs, ja der Identität von Justiz

und Politik. Eine solche Bloßlegung ist so wenig eine „Politisierung“ der Justiz, wie die Diagnose für den Zustand, den sie erkannt hat, ursächlich ist. Wassermann stellt das alte Richterbild dem neuen demokratischen Richtertyp entgegen, den er nicht neu schaffen, sondern aus dem alten herausbilden will. Wie das geschehen soll — das ist der recht vielfältige Inhalt des ganzen Buches, angefangen bei den Fragen der Wahl und Beförderung der Richter durch demokratisch gebildete Richtergruppen bis zur Frage der Verhandlungsformen, des Beratungsgeheimnisses, der Ranghierarchie.

Ob die Bestellung und Beförderung durch Richterräte, die auch von anderen Autoren des Buches gefordert wird, um die Abhängigkeit des einzelnen Richters von der Justizverwaltung zu beseitigen — ob diese Reform allerdings ein demokratischer Fortschritt wäre, ist mir zweifelhaft. Die bisher bestehende parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung für ihre Personalpolitik scheint mir unentbehrlich. Wenn das Parlament auch oft ein mangelhafter und nur höchst mittelbar funktionierender Übertragungsmechanismus des Volkswillens ist, so ist es doch immerhin aus allgemeinen Wahlen gebildet, durch die nach dem Grundgesetz die vom Volk ausgehende Staatsgewalt ausgeübt wird. Wahlen innerhalb des Standes der Richter sind demokratisch bedenklich.

Im übrigen kann man sich mit den Vorschlägen, in denen viel gesunder Verstand und viel Erfahrung steckt, einverstanden erklären. Hoffentlich bestätigt sich der Fortschrittsoptimismus Wassermanns zur neuen Strafrechtspflege nach der Reform des vergangenen Jahres. Er meint, das Strafrecht habe nun radikal mit dem Vergeltungsgedanken gebrochen und mit dem Satz ernst gemacht, daß menschliches Strafen sich nur rationale Zwecke setzen könne. Ich fürchte, daß die Praxis noch einige Zeit nach dem alten Muster des „Vergeltungsgedankens“ arbeiten und sich dabei auf den Satz stützen wird, mit dem der Abschnitt „Strafen“ des neuen Gesetzes beginnt: „Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe.“

Die übrigen Beiträge: wie immer geistreich und ohne Blatt vor dem Mund Theo Rasehorn (der „Xaver Berra“ von „Im Paraphenturm“). Ferner Hans G. Joachim, Frankfurt, über die etatmäßige Beengung und Hemmung der Justiz; Jan-Wolf gang Berlitz sowohl gründlich wie witzig über und gegen die Robe als Korsett der Richterwürde; Barbara Just-Dahlmann legt an einem guten Beispiel klar, wie sich die Richter zu Unrecht hinter einem Gesetz verstecken, und Helmut Just plädiert für ein neues Scheidungsrecht, zu dem nun der erste gesetzgeberische Anlauf unternommen worden ist. Auch die weiteren sechs Mitarbeiter sind sämtlich Praktiker, Richter oder Staatsanwälte.

Dr. Richard Schmid

Gunnar Myrdal

Politisches Manifest über die Armut in der Welt

Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1970, 497 S., brosA., 20,— DM.

Der schwedische Nationalökonom Gunnar Myrdal, mit seiner Frau Alva diesjähriger Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, hat es wie kaum ein anderer vermocht, wissenschaftliche Forschungen mit praktischer Politik zu verbinden. 1934 veröffentlichte er mit seiner Frau eine Untersuchung der schwedischen Bevölkerungskrise. Die Vorschläge der Myrdals wurden vollständig ausgeführt. Zehn Jahre später schrieb er die erste gründliche Analyse des amerikanischen Rassenproblems. Sie erhielt ebenfalls eine für wissenschaftliche Werke seltene politische Bedeutung. Nach politischer Tätigkeit als Abgeordneter, Minister und Generalsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Europa dehnte er seine Forschungen von unterprivilegierten Minderheiten auf die unterprivilegierten Nationen aus. Nach zehnjähriger Arbeit und mit Hilfe eines internationalen Stabes von Ökonomen erschien das Monsterwerk von 2284 Seiten mit dem Titel „*Asian Drama*“, das eben wegen dieses Umfangs nur einen kleinen Leserkreis fand.

Dieses Werk hatte jedoch eine den Absichten des Autors diametral entgegengesetzte Wirkung: Seine schonungslose Darstellung der ökonomischen und sozialen Situation Südostasiens, die sehr viel weniger optimistisch war als die beinahe aller anderen Fachleute, bestätigte konservative und sogar liberale Politiker in den Vereinigten Staaten in ihrer bequemen Meinung, daß angesichts dieses Elends alle Hilfe so gut wie sinnlos sei. Myrdal wollte genau das Gegenteil erreichen. Er wollte den Nachweis erbringen, daß die bisherigen Arbeiten seiner Kollegen Wirtschaftswissenschaftler, die als Regierungsberater und Fachleute eine politische Schlüsselrolle spielen, von den Grundlagen her falsch sind. „*Asian Drama*“ ist eine fanatische Anklage gegen die Verschleierung ökonomischer Tatsachen durch falsche Methodik.

Um eine breitere Öffentlichkeit mit den Ergebnissen des dreibändigen „*Asian Drama*“ bekannt zu machen, hat Gunnar Myrdal ein neues Buch geschrieben. „Politisches Manifest über die Armut in der Welt“ ist nur 500 Seiten stark, leicht lesbar; es geht in den politischen Schlußfolgerungen über das erste Buch hinaus. Jeder, der sich für die Planung eines zukünftigen Friedens interessiert (Myrdal ist nicht umsonst Direktor des berühmten Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm), wird dieses Buch lesen müssen.

Myrdals Buch ist eine politische Provokation. In gewisser Weise stellt es unser Weltbild in Frage. Der Export westlicher Ideale

der Aufklärung, von ihm als Modernisierungs-ideale bezeichnet, in völlig anders strukturierte Länder, hat eine Wirtschaftsentwicklung, die unserer ähnlich ist, zur Folge gehabt, die mit den gleichzeitig weiter bestehenden Institutionen und Verhaltensweisen kollidiert. Westliche und östliche Hilfe hat dazu beigetragen, die herrschenden, zumeist sehr dünnen Oberschichten reicher und die Armen ärmer zu machen. Soziale Ungleichheit verkehrt jedes Wirtschaftswachstum ins Gegenteil. Gleichheit, oder wenigstens eine Annäherung daran, wie in den Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas, ist für Myrdal notwendige Bedingung für Entwicklung überhaupt, während Vorstellungen unserer Entwicklungsplaner darauf hinauslaufen, daß sich ein Wirtschaftswachstum irgendwann auch auf die breiten Massen auswirken müsse.

Myrdal beschreibt eindringlich, wie wenig die bisherigen und gewiß nicht geringen Anstrengungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft gefruchtet haben, weil in keinem der armen Länder, abgesehen von China, Nordkorea, Nordvietnam und Kuba, eine Boden- und Pachtreform durchgeführt worden ist, die die Eigentumsverhältnisse tatsächlich verändert hätte. Eine wirklich einschneidende Bevölkerungspolitik ist nirgends verwirklicht worden. Das wohl zahlenmäßig ausgebaute Erziehungssystem ist qualitativ den Bedürfnissen einer dynamischen Entwicklung ebensowenig gewachsen wie es fähig ist, die mittleren und unteren Schichten auch nur minimal zu bilden. Der „schwache Staat“, ein von Myrdal geprägter Begriff, ist weder willens, wenn man von verbalen Beteuerungen absieht, noch in der Lage, die radikalen Reformen durchzuführen, die allein Veränderung bewirken können. Ein allgemeines Kennzeichen des schwachen Staates ist die soziale Disziplinlosigkeit, die Nichtdurchführung von Gesetzen, das Nichtbeachten der Anweisungen von Behörden und vor allem die Korruption. Reformen werden auf diese Weise genau in ihr Gegenteil verkehrt, die Reformbestrebungen gefährden die Vorrechte der Oberschicht und scheitern deshalb am Widerstand dieser machtvollen Gruppen, die den Staat tragen. Ein Teufelskreis, der nur durch Druck von unten durchbrochen werden kann.

Bewußtseinsbildung ist auch für Myrdal ein Schlüsselbegriff. So konsequent haben bisher nur marxistische Ökonomen gedacht. Die politischen Implikationen seiner Forschung sind ihm im Grunde zuwider. Er bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie, der er es zumindest in der Theorie zutraut, durch das allgemeine Wahlrecht und ein besseres Erziehungssystem Entwicklung zu ermöglichen. Andererseits, meint Myrdal, muß man derjenigen Regierung den Vorzug geben, die Entwicklung, in einem nicht nur ökonomischen Sinne verstanden, durch radikale Reformen ermöglicht, unabhängig davon, ob es ein autoritäres

Regime ist oder eine parlamentarische Demokratie. In Südasien haben beide Regierungsformen unter diesem Gesichtspunkt versagt. Allein die chinesische Volksrepublik hat die Bedingungen für eine Aufwärtsentwicklung der Volksmassen geschaffen, während in anderen Ländern immer nur von Revolution gesprochen wurde. Schade, daß Gunnar Myrdal dieses Beispiel nicht beim Namen nennt. Es wäre jedenfalls im Sinne seiner Forschungen.

Um so konsequenter, wie es vor ihm wohl nur marxistische Autoren getan haben, geißelt der engagierte Wissenschaftler den Neokolonialismus der westlichen Industrieländer. Das unkontrollierte, angeblich freie Spiel der Marktkräfte, längst eingeschränkt durch zunehmende monopolistische Praktiken, hat die Ungleichheit im Weltmaßstab verstärkt. Die unterentwickelten Länder haben sich in der UNCTAD zusammengetan, um auf die Handelspolitik der entwickelten Länder einzuwirken; sie sind praktisch am Widerstand der Industrieländer in West und Ost gescheitert, die durch Preise, Zölle und Importrestriktionen ihre Überlegenheit absichern. Ausgleichende Kapitalflüsse aus den reichen in die armen Länder haben in Form von Exportkrediten die Wirtschaft des Westens gefördert und sie haben außerdem durch ungerechtfertigt hohe Zinsen inzwischen ein Gleichgewicht der Kapitalströme von Nord nach Süd und umgekehrt hergestellt. So wird der Abstand zwischen reichen und armen Ländern immer größer statt kleiner.

Heftige Kritik richtet Myrdal gegen seine Fachkollegen. An vielen Stellen in seinem Buch klagt er sie an, sich auf ungenügende oder falsche Statistiken zu stützen, inadäquate Begriffe und Methoden zu verwenden und so zu ungerechtfertigt optimistischen Schlüssen zu gelangen. Möge sein Feldzug gegen die Verkalkung einer Wissenschaft viele junge Forscher zum Nachdenken anregen.

Barbara Skriver

Gespräche mit israelischen Soldaten

Herausgegeben von der Kibbuzbewegung, aus dem Hebräidien übersetzt von Susanne Euler. Joseph Melzer Verlag, Frankfurt/M. 1970, 404 S., Ppbck., 18,— DM.

Der Sechstagekrieg war, wenn man seine kurze Dauer und die Kleinheit der Bevölkerung des Staates Israel in Betracht zieht, ein sehr blutiger Krieg. Dem entspricht die Reaktion der Bevölkerung: die Verluste am Leben werden tief empfunden, und der Stolz auf den Sieg wird beeinträchtigt, weil es nicht gelungen ist, zu einem Frieden mit den feindlichen Nachbarn zu kommen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Kibbuzbewegung, die sich selbst als eine führende Schicht in der Bevölkerung ansieht, auch von einem großen Teil des Volkes als eine solche

angesehen wird. Dabei macht die Kibbuzmitgliedschaft nur etwa vier Prozent der Bevölkerung aus, stellt aber einen sehr viel größeren Anteil von Offizieren, und etwa ein Viertel der Gefallenen in diesem Kriege waren Kibbuzangehörige. Was sich in den Kibbuzim abspielt, hat deshalb eine symptomatische Bedeutung für die Einstellung des Volkes.

Das Selbstverständnis der Kibbuzbewegung in der Rolle einer Quasi-Aristokratie hat dabei mitgewirkt, daß eine Gruppe jüngerer Kibbuzmitglieder sehr bald nach den sechs Tagen des Krieges das Bedürfnis verspürte, klarzustellen, welche Wirkung das Kriegserlebnis auf die Mitglieder gehabt habe, hauptsächlich auf die Kriegsteilnehmer selbst, aber auch auf ihre Eltern und den weiteren Kreis der Mitgliedschaft. Zu diesem Zweck wurden in einer Reihe von Kibbuzim Aussprachen mit und zwischen Mitgliedern etwa zwei Monate nach Kriegsende abgehalten, die, auf Tonbänder aufgenommen, den Inhalt des vorliegenden Buches bilden, versehen mit kurzer Ortsangabe und Vorstellung der jeweils beteiligten Personen. Das Buch, das schon im November 1967 erschien, war zunächst nur für die Kibbuzim selbst bestimmt, erregte aber in einer Weise das öffentliche Interesse, daß es mehrfach aufgelegt und zu einer, wieder gemessen an der Kleinheit der Einwohnerschaft des Landes, riesigen Auflage kam. Das zeigt wieder, wie sehr das Volk an den Vorgängen innerhalb der Kibbuzbewegung interessiert ist, weil es sie als symptomatisch für sich selbst empfindet.

Der Inhalt der Gespräche behandelt mehrere Problemkreise, wie die Einstellung der Kämpfer zum Krieg überhaupt, die Einstellung des einzelnen dazu, die Wirkung des Wartens auf den Ausbruch des Krieges in den zwei Wochen vorher, das Verhalten während der Kampfhandlungen, die Wirkung der Verluste und des Anblicks von Toten auf die Kämpfenden, ihre Einstellung den Feinden, Kämpfenden und Besiegten gegenüber und die zur feindlichen Zivilbevölkerung, und schließlich das Problem der Wiedereinordnung ins tägliche Leben nach der Demobilisierung.

In all diesen Fällen werden nicht eindeutige Antworten gegeben, da jeder einzelne der Gesprächsteilnehmer von seinen eigenen Erfahrungen spricht, die je nach der Persönlichkeit voneinander abweichen, und doch lassen sich Generallinien ohne Schwierigkeit erkennen. Diese sind etwa: Die pazifistisch-sozialistische Erziehung in den Kibbuzim macht ihre dienstverpflichteten jungen Mitglieder zu prinzipiellen Kriegsgegnern, die den Krieg als ein Übel empfinden; da sie ihn aber als einziges Mittel zur Vermeidung der Vernichtung in der gegebenen Situation verstehen, fühlen sie sich zu vollem Einsatz verpflichtet. Während der Kampfhandlungen ist ein Nachdenken über

außerhalb derselben liegende Probleme nicht möglich. Haßgefühle gegen den Feind existieren nicht; der geschlagene Gegner und noch mehr die Zivilbevölkerung verdienen, trotz gelegentlichen heimtückischen Verhaltens, Schonung; Plünderung ist strengstens verboten. Der heimkehrende Soldat ist deprimiert und dem täglichen Leben entfremdet; Ruhmredigkeit existiert nicht. Erbitternd ist die Vorstellung, daß der Krieg und damit das Töten und Getötetwerden sich wiederholen könnte. Charakteristisch für das Buch ist die Ehrlichkeit, mit der die Gespräche zwischen Kameraden geführt werden, mit welchem Freimut ein jeder auch seine mitunter von den Grundeinstellungen abweichenden Gefühle und Ansichten darstellt. Das bewirkt, daß das Buch überzeugend ist. Seine eigentliche Bedeutung liegt aber in etwas anderem. Nicht ein einzelner Autor, sondern eine weite Gruppe von Kriegsteilnehmern äußert sich hier, fast unmittelbar nach Beendigung der Kämpfe, über deren Bedeutung für den einzelnen — etwas, das meines Wissens in der Literatur der Völker noch nicht existiert.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

Gewerkschaftliche Notizen

Der DGB-Vorsitzende *Heinz O. Vetter* wurde auf der Tagung des Exekutiv Ausschusses des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG) in Brüssel Anfang Dezember einstimmig zum Präsidenten dieser Organisation gewählt. Er tritt die Nachfolge des Niederlän-

ders Andre Kloos an, der 18 Monate an der Spitze des EBFG stand und aus gesundheitlichen Gründen ausschied.

Carl Stenger, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), wurde am 26. November 1970 65 Jahre alt. Stenger, der auf dem nächsten DPG-Kongreß altershalber nicht mehr kandidieren wird, ist der letzte Gewerkschaftsvorsitzende aus der ersten Stunde nach 1945. Unter seiner Leitung schnellten die Mitgliederzahlen seiner Organisation von 139 000 im Jahre 1949 auf rund 360 000 im Jahre 1970 hoch.

Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der vom 8. bis 10. Dezember 1970 in Brüssel tagte, beschloß, das seit 1952 bestehende Verbot von zweiseitigen Kontakten der dem IBFG angehörenden Gewerkschaftsbünde mit Arbeitnehmerorganisationen in den Staaten des Warschauer Paktes aufzuheben. Dagegen wurde die vom Osten vorgeschlagene gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz aller Richtungen abgelehnt. Auf Vorschlag des DGB soll zunächst eine europäische Konferenz der freien Gewerkschaften stattfinden, die sich über eine einheitliche Haltung gegenüber den Wünschen der Arbeitnehmerorganisationen im Osten klar werden soll. Das Internationale Arbeitsamt soll gebeten werden, im Anschluß an diese Gewerkschaftskonferenz eine europäische Regional-Konferenz -der Internationalen Arbeitnehmerorganisation einzuberufen, an der die Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitgeber und Regierungen der west- und osteuropäischen Länder teilnehmen können.